

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts, des Hauptzollamts und des Bezirkschulamts zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Verkaufspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Druckerei: Druckerei des Sächsischen Erzählers, Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (im Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Anzeigenspalte 10 Pfg. örtliche Anzeigen 8 Pfg. Der Text ist die 30 mm breite Anzeigenspalte 20 Pfg. für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Stellen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 299

Freitag, den 22. Dezember 1933

88. Jahrgang

Tageschau.

- Mit dem gestrigen Tage ist die evangelische Jugend aufgeföhrt worden. In gleicher Zeit werden die Mitglieder der evangelischen Jugend in die Hiltlerjugend übergeführt.
- Die gegenwärtigen deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris haben zu einer Einigung nicht geführt. Die deutsche Delegation wird von Paris am Freitagmorgen abreisen.
- Von dem heutigen Besuch des englischen Außenministers in Paris erwartet man in London keine Ergebnisse. Man glaubt, daß für Januar eine zweite Zusammenkunft verabredet wird.
- Der belgische Außenminister Hymans wird am 27. Dezember in Paris eintreffen, um mit Außenminister Paul-Boncour und anderen Politikern Fühlung zu nehmen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Die Unterhausrede des englischen Außenministers.

Englands Außenminister, Sir John Simon, hat im Unterhaus eine in viel Schätzen, aber in wenig Licht getauchte Rede gehalten, deren Inhalt sich darin zusammenfassen läßt, daß sie mit größter diplomatischer Gewandtheit alle strittigen Fragen, Abrüstung und Völkerverbund, vorsichtig umschrieben hat. Der Sir John Simons Unterhausrede vom 21. Dezember mit der Wrotham Note verglichen, die Sir John Simon im Herbst 1932 an Deutschland richtete, um die Forderung der Gleichberechtigung als unzeitgemäß abzulehnen, ferner auch mit der Rede, die Sir John Simon am 14. Oktober in Genf gehalten hat, so ergibt sich zunächst der Eindruck, daß es nicht nur für die englische Politik, sondern auch für Europa besser gewesen wäre, hätte Sir John Simon immer so vorsichtig gehandelt, wie er das nach seinen Mitteilungen zur Zeit zu tun scheint. Der andere Eindruck ist, daß Deutschland weder sich selbst noch der Befriedigung Europas gebietet hätte, hätte es sich im Herbst 1932 der diplomatischen Schöffheit Sir John Simons gebeugt oder wenn es gar im Oktober 1933 im Völkerverbund und bei der Abrüstungstagung geblieben wäre.

Heute muß Sir John Simon zugestehen, daß die Probestzeit und die Abrüstungsaufficht, die Deutschland im Oktober einseitig aufgewungen werden sollten, nichts wert gewesen sind, daß aber die Vorschläge des deutschen Reichstanzlers, die Abrüstungsaufficht gleichmäßig und auf alle Staaten auszuweihen von größtem Nutzen sind. Der Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund war aber notwendig, um die Befriedigung Europas überhaupt vorbereiten zu können, so daß ohne diesen Austritt die Vorbereitung nicht möglich gewesen wäre. Dieser Austritt war überlegt, was Sir John Simon denn auch bekräftigen muß, denn er macht nicht nur das Unterhaus und die öffentliche Meinung Englands darauf aufmerksam, daß der deutsche Reichstanzler auf den Austritt das Angebot von Nichtangriffsvorträgen hat folgen lassen.

Die englische Regierung hat sich eine seltsame Rolle zugelegt. Sie will wohl vermitteln, sie will nach allen Seiten hören, aber sie will nicht ihre Flagge an den Mast segeln, um dadurch anzudeuten, daß sie nicht hören und vermitteln will, sondern auch führen. Diese Rolle hätte vor allem Sir John Simon schon im Herbst 1932 übernehmen sollen, als er sich zum Vorkämpfer jener Politik machte, die die Gleichberechtigung Deutschlands nicht anerkennt und nicht zugehen wollte. Sir John Simon weiß wohl noch aus eigener Erfahrung, welche leidenschaftliche Entrüstung im deutschen Volke aufwallte, als die schroffe Note bekannt wurde, also zu einer Zeit, als der nationale Aufstieg noch nicht das Ziel erreicht hatte. Sir John Simon hat aus Erfahrung gelernt, er hat auch gelernt, daß für das deutsche Volk die Gleichberechtigung nicht eine Sache ist, die sich irgendwo nebenbei verhandeln läßt. Sir John Simon hat selbst auf die umstrittene Frage der Sicherheit verwiesen, für die es keine einseitige oder auch nur zweiseitige Lösung gibt, sondern nur eine Lösung, die alle Völker befriedigt. Wer die allgemeine Sicherheit will, muß auch die Mittel wollen, so daß es zwischen der Form und dem Inhalt einer Vereinbarung über die allgemeine Sicherheit keinen Gegensatz geben kann. Es ist ein Beweis für das Mißtrauen, das die Versailleser Politik im Rahmen des Genfer Völkerverbundes überall erzeugt hat, bei den Rumpeln der Versailleser Politik noch mehr als bei den Opfern, daß die englische Regierung erst einmal herausfinden will, was hinter den klaren und deutschen Vorschlägen des deutschen Reichstanzlers steckt. Das bezieht sich darauf, daß der Reichstanzler das Verhältnis Deutschlands und Frankreichs in seiner berühmten Rundfunkrede am 14. Oktober damit umschrieb, daß es zwischen beiden Ländern keine Streitfragen mehr gäbe, sobald das Saargebiet wieder eingegliedert sei. Das böse Mißtrauen muß schon

sehr stark sein, aber schließlich ist es die Sache der englischen Regierung, wie weit sie das Mißtrauen aufkommen lassen will, wenn sie selbst einmal überlegt, welche Politik sie gegenüber Deutschland seit dem Waffenstillstand geführt hat.

Sollte keine Verständigung möglich sein, so kann es auch in Europa keine Befriedigung geben, wobei sich das furchtbare Entweder-Oder von selbst aufdrängt, dem alle Völker, dem auch alle Staatsmänner von Vernunft und Einsicht ausweichen wollen. So leise und sorgsam auch Sir John Simon in seiner Unterhausrede aufgetreten ist, so läßt sich doch daraus hören, daß die englische Regierung nicht unzufrieden ist mit dem Ergebnis der Untersuchungen, die sie auf diplomatischem Wege über die Vorschläge des deutschen Reichstanzlers angestellt hat. Im Rahmen des Genfer Völkerverbundes werden sich diese Untersuchungen nicht zum Abschluß bringen lassen, woran auch nichts ändert, daß Sir John Simon für die englische Regierung erklärt, unerschütterlich zum Völkerverbund zu stehen. Das kann so und auch anders gemeint sein, zumal Sir John Simon auch mitteilte, er wisse noch nichts von Vorschlägen, durch die ein Umbau der Genfer Einrichtung erreicht werden solle. Diese Vorschläge sind aber gerade in der englischen Presse schon gemacht worden, wobei aber immer wieder die Frage offenbleibt, ob es der Genfer Völkerverbund an sich ist, der einem Umbau unterzogen werden soll, oder die Politik und ihre Folgen, die ohne den Genfer Völkerverbund nicht möglich gewesen wäre. Sir John Simon geht nun auf Reisen; er hat die öffentliche Meinung Englands auf das Ergebnis dieser Reisen vertrießt.

Der Pariser Besuch des englischen Außenministers.

London, 22. Dezember. (Fig. Funkmeld.) In einer Meldung des Pariser „Reuter“-Berichters wird darauf hingewiesen, daß man von der Unterredung, die heute zwischen dem englischen und dem französischen Außenminister stattfinden werde, keinerlei sensationelles Ergebnis erwarte. Man ist der Ansicht, daß die beiden Minister bereits heute eine neue Zusammenkunft verabreden dürften, die im Januar vor sich gehen solle, wenn Sir John Simon von Italien nach England zurückkehre.

Nach Ansicht des Pariser Korrespondenten der „Times“ dürfte der größte Teil der französischen Öffentlichkeit enttäuscht sein, wenn der heutige Besuch Sir John Simons lediglich darauf hinausläufe, in Paris neue Informationen zu sammeln. In Paris sehe sich überhaupt mehr und mehr die Ansicht durch, daß man nun endlich mit den direkten Verhandlungen Schluss machen und an die Ausarbeitung des Entwurfes über ein Übereinkommen in Genf gehen müsse. In der Zwischenzeit werde man in Paris alle Hebel in Bewegung setzen, um die Bande zwischen Frankreich und den ihm befreundeten Mächten im Osten und Südosten Europas so fest wie möglich zu knüpfen. Dies werde durch den Besuch Dr. Benešs und den bevorstehenden Besuch Titulescus bewiesen.

Frankreichs Haltung versteift sich.

London, 22. Dezember. (Fig. Funkmeld.) Der diplomatische Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ sagt zu den bevorstehenden Besprechungen zwischen Sir John Simon und Paul-Boncour, daß sie kritisch sein werden, als erwartet worden sein mag. Unter politischem Druck hat sich die Haltung der französischen Regierung versteift. Zwischen den Ansichten der französischen und der britischen Regierung besteht jetzt ein starker Gegensatz. Die Franzosen sind nicht nur geneigt, zu erklären, daß die letzten deutschen Vorschläge unannehmbar sind, sondern auch, daß direkte Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos sind. Ende voriger Woche war dies nicht die Auffassung Paul-Boncours, aber der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten und die Sozialisten haben sich während dieser Woche gegen weitere direkte Verhandlungen Deutschlands erklärt. Die französische Regierung hat ansehend nachgegeben und ist jetzt selbst für Abbruch der Besprechungen. Die britische Regierung ist aber nicht nur für Fortgang der Besprechungen, sondern auch für eine entsprechende Prüfung der deutschen Vorschläge.

Paris, 22. Dezember. (Fig. Funkmeld.) Die Presse, die gestern das Stichwort: „Nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung“ (mit Bezug auf Deutschland) variiert hat, geht heute einen Schritt weiter, indem sie sich mehr oder weniger entschieden gegen die Fortsetzung des deutsch-französischen Meinungsaustausches wendet. Das deutsche Defensivprogramm wird allgemein als ein Programm der Aufrüstung und der Welterüstung bezeichnet.

Der „Parisien“ erklärt kategorisch, hinsichtlich der deutschen Aufrüstung könnten direkte deutsch-französische Verhandlungen auf Grund der letzten deutschen Vorschläge nicht stattfinden, denn keine einzige französische Partei würde derartige Verhandlungen, die die Verleugnung der ganzen historischen Politik Frankreichs bilden würden, zulassen.

Die „Coe Nouvelle“ appelliert an England und Amerika und verlangt, daß diese Länder mit Frankreich eine Einheitsfront bilden, um sich der Aufrüstung Deutschlands, in welchem Ausmaße diese auch immer erfolge, zu widersetzen. Frankreich müsse seinen Freundschaften auf dem Kontinent treu bleiben und sie nach Rußland und der Türkei hin ausbauen.

In einem gewissen Gegensatz zu dem Blatt Hertolds tritt die dem Kriegsminister Daladier nahestehende „Republique“ für eine Verständigung mit Deutschland in der Abrüstungsfrage ein. Diese Verständigung sei vom französischen wie vom allgemein menschlichen Standpunkt sehr wünschenswert, da Frankreich bei einem Beitrittsbad von Deutschland überflügelt würde, das zahlenmäßig stärker und wirtschaftlich besser ausgerüstet sei.

Einige Blätter verbinden die Anregung der deutschen Vorschläge mit einem Angriff gegen den französischen Botschafter in Berlin, Poncet.

Das „Echo de Paris“ erklärt: Nach den Beratungen des auswärtigen Ausschusses der Kammer ständen die besten Beurteiler der Lage auf dem Standpunkt, daß die Berwertung der deutschen Vorschläge durch die französische Regierung sicher kommende Woche erfolgen werde. Chautemps und Paul-Boncour hätten schon am 5. Dezember entsprechende Weisungen nach Berlin ergoßen lassen, aber die persönliche Politik des französischen Botschafters habe das Spiel in die Länge gezogen.

Ähnliche Angriffe wie in dem Blatt des Generalstabs finden sich heute auch in linksstehenden Blättern. Auch der sozialistische „Populaire“ meint, wenn man die deutsch-französischen Verhandlungen für aussichtslos halte oder glaube, daß sie dem Frieden schaden, müsse man sie sofort und vorbehaltlos einstellen.

Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 21. Dezember. Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris haben zu keiner Einigung geführt. Die deutsche Abordnung wird Paris morgen verlassen.

Die Verhandlungen sind hauptsächlich an zwei französischen Forderungen gescheitert. Es wurde ein so starker Akzent auf dem deutschen Ausfuhrüberschuß verlangt, daß die Gefahr bestand, daß der verbleibende Rest nicht mehr ausreichte, um die notwendigen den Transfer der Zahlungen zu decken, die unter dem Stillhalteabkommen u. dem deutschen Transferratorium noch aus der deutschen auf die französische Volkswirtschaft zu übertragen sind. Außerdem wollte Frankreich den Abbruch an dem deutschen Ausfuhrüberschuß auf einen so kleinen Auschnitt der deutschen Warenausfuhr beschränken, daß den davon betroffenen deutschen Waren für die Zukunft der französische Markt verschlossen worden wäre. Es handelt sich um fast alle deutschen landwirtschaftlichen Ausfuhrerzeugnisse sowie um eine Reihe industrieller Erzeugnisse.

Wie sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vom 1. Januar 1934 an gestalten werden, hängt allein von der französischen Regierung ab. Die deutsche Regierung wird ihre Maßnahmen danach richten, wie Frankreich seine Einfuhrkontingenterungen handhaben wird.

Paris, 22. Dezember. (Fig. Funkmeld.) Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erklärt eine Havas-Aussage, daß Frankreich vom 1. 1. 1934 ab nunmehr in der Lage sein werde, das deutsche Einfuhrkontingent automatisch um 75 Prozent herabzusetzen, ohne sich allerdings deutschen Gegenmaßnahmen widersetzen zu können. Außerdem werde französischerseits die Einführung des Ausgleichszuschlagssolles für den Fall ins Auge ge-

Vertical text on the left margin containing various numbers and small fragments of text.